

SPD Hessen

Antworten der SPD Hessen auf unsere Wahlprüfsteine.

1.1 Welche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen plant Ihre Partei?

1.2 Inwiefern planen Sie diese in Bezug auf Deutschkurse, Kinderbetreuung, Qualifizierung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.

Mit dem Chancenaufenthaltsrecht hat Nancy Faeser mehr Möglichkeiten geschaffen, dass geflüchtete Menschen schnellere und bessere Chance haben, am Arbeitsmarkt zu partizipieren. Menschen, die zu uns flüchten, verdienen unseren Schutz. Wir werden dafür sorgen, dass Geflüchtete in Hessen so schnell wie möglich auf eigenen Füßen stehen können. Die Menschen sollen Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkünfte schnellstmöglich verlassen und in eigenen Wohnungen leben können. Wir werden dafür sorgen, dass begleitend zu Sprach- und Integrationskursen eine Kinderbetreuung angeboten wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Berufs- und Studienabschlüsse schneller anerkannt werden.

Die kostenlose Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen sind eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Teilhabe. Auch EU-Ausländer*innen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte, sollen ein Recht auf die kostenlose Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen haben. Wichtig ist, dass hier eine Kinderbetreuung sichergestellt wird.

Auch wenn Menschen, die zu uns nach Hessen kommen, die deutsche Sprache erlernen: Häufig fällt es ihnen schwer, Behördensprache zu verstehen. Wir werden uns auch für sie für eine einfache Behördensprache einsetzen und mehrsprachige einfache Ausfüllhilfen bereitstellen. Wir werden die Migrationsberatung ausweiten und die Beratungsstellen bedarfsgerecht ausstatten.

Berufsabschlüsse aus dem Ausland wollen wir schneller anerkennen. Wir wollen u. a. ein Ausländer*innenbehörde auf Landesebene, um Anlaufstellen die Koordination zu vereinfachen.

2.1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um den Gender and Migration Pay Gap durch spezifische Maßnahmen für Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen?

2.1 Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Altersarmut, von welcher Frauen, insbesondere geflüchtete und migrierte Frauen betroffen sind, entgegenwirken?

Eine faire Entlohnung ist die Grundlage dafür, dass Frauen im Laufe ihres Lebens wirtschaftlich unabhängig sind. Daran arbeiten wir zusammen mit Gewerkschaften, Betriebsräten und vielen andern. Doch: Mehr Geld allein reicht nicht. Die Ungleichheit der Geschlechter hat oft strukturelle Ursachen, von überkommenen Rollenbildern bis zur schlechten Bezahlung in Berufen mit hohem Frauenanteil.

Wir müssen daran arbeiten, die Ungleichheiten zu überwinden. Und wir können es uns nicht leisten, auf Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verzichten: Nur wenn Frauen ihr Potenzial entfalten können, werden wir dem Fachkräftemangel begegnen und eine Gesellschaft des Respekts, des Miteinanders erleben.

Wir stehen für:

- Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote, die auf Frauen zugeschnitten sind,
- flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle,
- bessere Rahmenbedingungen, um die unbezahlte Sorgearbeit – von der Kinderbetreuung bis zur Pflege – partnerschaftlich zu teilen,
- mehr Anreize für Männer, Familienzeit zu nehmen.

Die beste Möglichkeit Frauen vor Altersarmut zu schützen, ist die Frauenerwerbsquote zu erhöhen und Gehälter steigen zu lassen. Nicht nur ist die SPD die Partei, die die Grundrente eingeführt hat, sondern auch den Mindestlohn. Wir stehen für die konsequente Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit die Frauenerwerbsquote steigt.

3.1 Welche Maßnahmen planen Sie, um das Thema Interkulturelle Vielfalt durch Aktualisierung der Schulbücher, Lehrmittel und der Einbeziehung anderer Unterrichtssprachen in die Lehrpläne einzuführen?

3.2 Was unternimmt Ihre Partei, um Fördergelder im Bereich Digitalisierung für benachteiligte Kinder auf unbürokratischem und effizientem Wege bereitzustellen (beispielsweise für die Verteilung und Installation von technischem Equipment zu Hause wie Laptops, WLAN etc.)?

Wir werden die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft angemessen in den Lehrplänen verankern und diese gleichzeitig auf Kohärenz, Konsistenz und Redundanzen überprüfen. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antislawismus, Sexismus, Homophobie und jeder Form der Diskriminierung und Benachteiligung wirken wir entgegen. Das erreichen wir unter anderem dadurch, dass wir niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdeangebote / Diversitätsbeauftragte von und durch Betroffene etablieren, muss aber Einzug in Lehrmitteln finden.

Wir weiten zudem die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich aus und stellen alle Schülerinnen und Schüler mit notwendiger Hard- und Software aus.

4.1 Welche Maßnahmen plant ihre Partei, um Zugänge zu Frauenhäusern und Beratungsstellen für migrierte und geflüchtete Frauen zu erleichtern?

4.2 Was ist Ihre Position zur Wohnsitzauflage?

4.3 Welche Verbesserungen planen Sie für die Ausstattung von Frauenhäusern? Planen Sie z.B. eine bedarfsgerechte Aufstockung von Betten für alle Frauen in den Frauenhäusern, auch für Frauen, die mehrere Kinder mitbringen? Wie wollen Sie das umsetzen?

4.4 Welchen Maßnahmenplan für den Ausbau der Beratungsstellen in ländlichen Regionen erarbeitet Ihre Partei

Nur wenn wir den Flickenteppich von kurzfristigen Projekten durch verlässliche Unterstützung ersetzen, wird es uns gelingen, in einem Flächenland wie Hessen überall für gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen. Die zahlreichen Projektförderungen im sozialen Bereich durch die CDU-geführten Landesregierungen greifen zu kurz. Sie müssen die Ausnahme bleiben, gesetzliche Lösungen die Regel werden. Wir werden Maßnahmen langfristig anlegen und unsere Kommunen mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Mit einem konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten dynamisierten Sozialbudget werden wir die soziale Infrastruktur krisenfest machen.

Für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte wollen wir landesweit verbindliche Mindest- und Gewaltschutzstandards einführen. Dazu gehören z. B. abschließbare Schlafräume. Außerdem werden wir die Psychosozialen Zentren besser ausstatten und ein weiteres in Osthessen einrichten, um die Versorgungslücke dort zu schließen.

Was wir brauchen, ist eine vielschichtige und langfristig angesetzte Strategie. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss ganz oben auf der Prioritätenliste der Landesregierung stehen. Denn bisher ist Hessen noch meilenweit von der Umsetzung entfernt. Aktuell fehlen 800 Betten in Hessens Frauenhäusern, die Finanzierung der Frauenhäuser und Beratungsstellen ist nicht bedarfsgerecht. Noch immer sind die Trägerinnen der Einrichtungen gezwungen, Spenden einzuwerben. Wir werden eine bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen.

5.1 Wie planen Sie den Zugang zum Gesundheitssystem für migrierte Frauen tatsächlich zu gewährleisten?

5.2 Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Vorsorge, Hebammen und Beratungsangeboten für geflüchtete Frauen in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?

5.3 Wie werden Sie einen einheitlichen Zugang zum Gesundheitssystem für geflüchtete Menschen ohne gültige Papiere z. B. durch die Einführung eines anonymen Krankenscheins sicherstellen?

Die Gesundheit von Frauen wurde durch die Corona Pandemie besonders belastet. Deshalb werden wir umgehend bessere Beratung fördern und Eltern-Kind-Kliniken stärken. Geburtshilfestationen müssen für werdende Eltern gut erreichbar sein. Wir brauchen eine 1:1-Betreuung unter der Geburt, eine Sicherstellung einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung, den Erhalt der Hebammenhilfe und eine Anpassung der Honorare und Gehälter auf ein Niveau entsprechend

der hohen Verantwortung. Wir werden eine Studie in Auftrag geben, um die Daten- und Forschungslage rund um das Thema „Gewalt unter der Geburt in Hessen“ zu verbessern. Neben

einem Hebammenregister brauchen wir ein umfassendes Konzept zur Beseitigung der Unterversorgung auf dem Land, eine geeignete Versorgungsplanung und mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspfleger*innen. Zu einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung gehören für uns auch Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch und –konfliktberatung. Es ist unser Ziel, dass

Frauen in Hessen innerhalb maximal einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr eine Praxis oder Klinik erreichen können, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Dasselbe gilt für staatlich anerkannte Schwangerenkonfliktberatungsstellen, diese müssen zudem finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden. Wir übernehmen für Menschen mit geringem Einkommen die Kosten von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln und organisieren die Ausgabe niedrigschwellig.

Alle Menschen müssen barrierefreien Zugang zur medizinischen Versorgung, Pflege und Unterstützungsleistungen haben. Wir setzen uns für den anonymen Krankenschein und flächendeckende Clearingstellen in Hessen ein und wollen die Versorgungslücke für Nicht-Versicherte sowie für Geflüchtete schließen.

6.1 Inwiefern planen Sie ein Diversitäts-Modul in den verschiedenen Gesundheitsausbildungen und Studiengängen vor?

6.2 Inwiefern planen Sie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal im Gesundheitswesen zu oben genannten Themen?

In allen uns möglichen Bereichen werden wir Sensibilität für Diversität fördern. Personal muss bei der Einführung neuer Konzepte immer geschult werden.

6.3 Sind Sie für Parität und Diversität in den Parlamenten? Falls ja, wie wollen Sie die Parität und Diversität im Parlament erreichen?

Wir wollen die Repräsentanz von Frauen auch in der Politik stärken und ein paritätisch besetztes Landesparlament erreichen. Dazu werden wir einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen. In allen hessischen Ministerien müssen mehr Leitungspositionen mit Frauen besetzt werden. Dazu werden wir Maßnahmen ergreifen. Wir führen eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes ein.

6.4 Wie positionieren Sie sich zur Forderung nach verpflichtender geschlechtergerechter und diverser Besetzung der Wahllisten von Parteien?

Bereits jetzt hat die SPD eine feste Quote bei der Aufstellung ihrer Wahllisten. Unsere Wahllisten werden alternierend aufgestellt.

6.5 Welche Fördermaßnahmen für die politische Teilhabe von migrierten Frauen & deren Nachkommen haben Sie geplant? Welche interkulturellen Öffnungsprozesse in Institutionen erarbeiten Sie? 4. Wie stehen Sie zum uneingeschränkten Wahlrecht für alle? Wollen Sie sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auf Kommunal- / Landesebene für alle ab einer bestimmten Aufenthaltsdauer (z. B. 2 Jahre) einsetzen?

Wir wollen uns auf Bundesebene und im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Menschen, die länger als 6 Jahre in hessischen Kommunen leben, ein kommunales Wahlrecht erhalten, sofern ein unbefristeter Aufenthaltstitel vorliegt.

7.1 Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um Angestellte im öffentlichen Dienst in den Ausländerbehörden, im Jobcenter, usw. für das Thema intersektionale Diskriminierung zu sensibilisieren?

7.2 Wie planen Sie, das Thema Antirassismus in der Gleichstellungspolitik stärker einzubinden?

7.3 Bis wann werden Sie alle bestehenden Gleichstellungsgesetze auf die Öffnung für intersektionale Diskriminierungstatbestände hin überprüft haben?

7.4 Welche Ressourcen sehen Sie für Migrantinnenselbstorganisationen vor und wie wollen Sie diese im Bereich der Gleichstellung einbinden?

Diskriminierung treten oft nicht getrennt auf, sondern sind ineinander verwoben. Es ist erforderlich die Merkmale und Wechselwirkungen zu erkennen, um Mehrfachdiskriminierung zu verstehen. Um gegen intersektionale Diskriminierung vorzugehen, ist es wichtig zunächst beim Verständnis und der Sensibilisierung gegen einzelne Diskriminierungsformen anzufangen. Es bedarf einer guten Aufklärungsarbeit von Beginn an. Gleichzeitig muss der Abbau von Stereotypen fokussiert werden. Beispielsweise wollen wir mehr Sicherheit durch hauptamtliche Stellen für Ansprechpersonen von LSBTIQ*-Themen bei der Polizei sicherstellen.

Wir wollen Rassismus und Diskriminierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bekämpfen. Staatliche Behörden und öffentliche Verwaltungen müssen diversitätssensibel sein und in allen Bereichen über hohe interkulturelle Kompetenz verfügen. Dafür werden wir die entsprechenden Maßnahmen einleiten. Wir wollen die Vielfalt in der Gesellschaft auch in der Landesverwaltung widerspiegeln. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen sich in staatlichen Strukturen wiederfinden: Deshalb führen wir eine Diversitäts-Quote in der Landesverwaltung ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei politischen Maßnahmen Verschränkungen und Überkreuzungen von Gender und verschiedene Diversity-Dimensionen stärker beachtet werden.

8.1 Sie wollen, dass Studienabschlüsse schneller anerkannt werden. Wie positionieren Sie sich zum neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz? Wie positionieren sie sich zum Vorschlage, der besagt, dass Migrierte mit Abschlüssen und Arbeitserlaubnissen nicht unbedingt Anerkennungen brauchen?

Wir unterstützen das von unter anderem Nancy Faeser erarbeitete Fachkräfteeinwanderungsgesetz in der beschlossenen Form.

8.2 Laut ihres Programms braucht Hessen „eine echte Gleichstellungsstrategie. Ziel muss es unter anderem sein, den Geschlechtern finanzielle Ressourcen gleichermaßen zugutekommen zu lassen.“ Sie wollen auch in den Teilen, in denen das Land Hessen Entscheidungsbefugnisse hat, die Istanbul Konvention vollumfänglich umsetzen. Welche Vorschläge haben Sie konkret?

Diese Frage wurde im Allgemeinen Teil bereits beantwortet. Aber um einen zusätzlichen konkreten Punkt zu nennen:

Es ist dringend notwendig, dass Hessen endlich die Istanbul Konvention vollumfänglich umsetzt. Für die Umsetzung der Istanbul Konvention fehlt es noch an so vielem in Hessen. In hessischen Frauenhäusern werden doppelt so viele Plätze benötigt, wie momentan vorhanden sind. Jede zweite Frau, die einen Platz braucht, muss abgewiesen werden.

Die Frauenhausfinanzierung muss bedarfsgerecht sein und darf nicht darauf angewiesen sein, auch Spenden einzuwerben. Es bedarf an psychotherapeutischer und psychosozialer Versorgung von Frauen als Opfer von häuslicher Gewalt und geflüchteten Frauen. Unsere Forderungen beziehen sich zudem auf verpflichtende Weiterbildungen und Supervision beim Umgang mit häuslicher Gewalt in Hessens Behörden. Neben dem Gewaltschutz setzen wir uns dafür ein, dass die Gewaltprävention und die Täterarbeit ausgebaut und intensiviert wird.

8.3 In der Veröffentlichung des SPD-Magazins der Landtagsfraktion in Hessen legen Sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Frauenpolitik. Haben Sie sich vorgenommen, mehr Vielfalt unter den Politikerinnen in der Landtagsfraktion der SPD zu schaffen? z.B. mehr Inklusion der BIPOCs?

Die SPD hat eine diverse Liste, auf die wir stolz sind. Bereits bei der letzten Bundestagswahl, aber auch bei dieser Landtagswahl findet sich die Vielfalt auch auf den vordersten Plätze der Wahlliste gezeigt. Unsere Wahllisten werden ebenfalls alternierend nach Geschlecht aufgestellt. Das hessische Wahlrecht unterscheidet zwischen Erst- und Zweitstimme. Zieht ein Kandidat bzw. eine Kandidatin direkt in den Landtag ein, ist das unabhängig von der Aufstellung der Wahlliste.